



Information nach Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
bei der Erhebung von personenbezogenen Daten für den Bereich der Stellungnahmen
nach § 22 Abs. 5 SGB II

Stand: August 2024

Vorbemerkung

Das Jugend- und Sozialamt der Stadt Pforzheim (Amt 50) umfasst ein sehr breites Aufgabenspektrum in der Jugend- und Sozialhilfe, darunter auch Stellungnahmen für das Jobcenter zur Feststellung schwerwiegender sozialer Gründe nach § 22 Abs. 5 SGB II vor Übernahme der Unterkunftskosten

Hierbei müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten hat für die Stadt Pforzheim einen hohen Stellenwert. Wir informieren Sie hiermit darüber, was personenbezogene Daten sind, zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage die Verarbeitung erfolgt, wie lange Ihre Daten gespeichert werden und welche Rechte Sie nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten – dies sind Informationen, die Ihre Person betreffen, d. h. Name, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Bankverbindungsdaten, Angaben zu Kindern, Ehe- und Lebenspartnern sowie Kontaktdaten - erfolgt im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch SGB II und SGB XII, sowie weiterer Bücher des SGB.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadt Pforzheim
Marktplatz 1
75175 Pforzheim

2. Ansprechpartner im Jugend- und Sozialamt

Stadt Pforzheim
Jugend- und Sozialamt
Amtsleitung
Marktplatz 4
75175 Pforzheim
Telefon: 07231 39 2444 oder 39 2917
E-Mail: jsa@pforzheim.de

3. Beauftragte für den Datenschutz

Stadt Pforzheim
Datenschutzbeauftragte
Marktplatz 1
75175 Pforzheim
Telefon: Tel:07231/39-3538
E-Mail: datenschutz@pforzheim.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Daten werden verarbeitet für Stellungnahmen für das Jobcenter zur Feststellung schwerwiegender sozialer Gründe nach § 22 Abs. 5 SGB II vor Übernahme der Unterkunftskosten für unter 25jährige.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c und e DS-GVO in Verbindung mit § 35 und §§ 60-67 SGB I sowie §§ 67a ff. und § 69 SGB X verarbeitet.

Darüber hinaus ist eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn Sie ihre Einwilligung erteilt haben (Art. 6 Abs. 1 lit a DSGVO).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben werden bei Bedarf die erforderlichen personenbezogenen Daten an andere Behörden und Stellen weitergegeben.

- Jobcenter
- ggfs. bisher zuständiger Jugendhilfeträger

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

10 Jahre Aufbewahrungsfrist nach dem Jahr der abschließenden Bearbeitung entsprechend der Aktenordnung der Stadt Pforzheim. Danach werden die Unterlagen/Daten im Rahmen des Archivgesetzes zunächst dem Stadtarchiv zur Archivierung angeboten. Erfolgt keine Übernahme in das Archiv, werden die Akten vernichtet und die Daten gelöscht.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen:

- Recht auf Auskunft über die zur eigenen Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15)
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16)
- Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung (Art. 17 und 18)
- Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände (Art. 21)
- Recht auf Datenübertragbarkeit bei Einsatz von automatisierten Verfahren (Art. 20)

8. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn die Verarbeitung auf Grund einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DSGVO erfolgt, besteht das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Postfach 102932

70025 Stuttgart

Tel: 0711/61 55 41-0

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

10. Pflicht zur Angabe der Daten

Die von uns verarbeiteten Daten sind erforderlich, um die gesetzlichen Aufgaben durchzuführen. Wir bitten Sie deshalb, die Angaben vollständig zu erteilen und uns die notwendigen Unterlagen möglichst umgehend zu übergeben.

Ihre Mithilfe, die in den §§ 60 bis 65 SGB I ausdrücklich vorgesehen ist, erleichtert uns eine rasche Erledigung Ihrer Angelegenheiten. Bitte bedenken Sie, dass, wenn Sie nicht entsprechend mitwirken und keine oder unvollständige Angaben machen,

- Ihr Antrag ganz oder teilweise abgelehnt werden kann, oder
- Ihnen ganz oder teilweise Leistungen entzogen werden können.